Beschluss PiA erhalten - Erzieher*innen stärken

Antragsteller*in: Christian Osbar, Kreisvorstand (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge zu KiTa / Bildung

Antragstext

Bündnis 90/Die Grünen Kiel setzt sich für eine solide Finanzierung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) ein. Wir bedauern den Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung. Dieser Fehler ist zügig rückgängig zu machen. Wir fordern den Bund auf, die praxisintegrierte Ausbildung wie bisher geplant auch für das Schuljahr 2020/21 zu finanzieren. Sollte das nicht möglich sein, fordern wir das Land Schleswig-Holstein auf, eine gemeinsame Lösung mit Land, Trägern und Kommunen zu finden. .

Mit der Fortführung der PiA unterstützen wir ein sehr gut funktionierendes und praxisorientiertes Instrument zur Ausbildung von Erzieher*innen. Praxisorientiert darf hierbei allerdings nicht bedeuten, dass über die PiA günstige Arbeitskräfte eingestellt werden, anstatt die Auszubildenden als Lernende zu sehen. Deswegen wollen wir eine Evaluation der Ausbildungsqualität durch die Verwaltung und/oder eine Begleitung durch eine pädagogisch-wissenschaftliche Einrichtung durchführen lassen.

Begründung

Die PiA ist eine dreijährige praxisnahe Ausbildungsoption für Erzieher*innen, welche sich in den letzten Jahren durch das hohe Interesse ausgezeichnet hatte. Nachdem der Bund unter Ministerin Franziska Giffey 2018 noch rund 300 Millionen Euro Fördergeld für die PiA angekündigt hatte, wird nun die Förderung trotz guter Erfolge nach dem ersten Jahrgang wieder eingestellt. Damit verlangsamt die Bundesregierung weiter die ordentliche Bekämpfung des Mangels an Erzieher*innen und das bei gleichzeitigen Rekordüberschüssen von 13,5 Milliarden Euro. Nun bleibt das Problem wieder bei Ländern und Kommunen hängen. Dies ist sehr bedauerlich.

Wir wollen aber als Stadt unserer Verantwortung nachkommen und etwas gegen den Mangel an Erzieher*innen tun. In der Hoffnung, dass das Land die PiA dauerhaft ermöglicht, wollen wir für den ersten Ausbildungsdurchgang die Finanzierung übernehmen. Allerdings dürfen hier nicht dauerhaft die Kosten der pädagogischen Ausbildung auf die Kommune übergehen.